

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Transport von Abfällen über Bremer Häfen effektiver kontrollieren**

Jedes Jahr werden Millionen Handys, Computer und Fernseher verkauft. Die neuesten Elektronikgeräte überfluten den enorm wachsenden Markt. Und für jedes Gerät, das ist die Logik der boomenden Branche, wird es schon bald ein noch besseres Nachfolgemodell geben. Immer schneller sind Elektro- und Elektronikgeräte veraltet oder nicht mehr funktionsfähig und müssen entsorgt werden. Dadurch wächst der Müllberg ausgedienter Geräte weltweit. Große Mengen aus Deutschland und Europa landen über illegale Transporte in Ländern wie Westafrika, China oder Ostasien, wo nicht selten dann beispielsweise aus Elektronikschrott die Wertstoffe unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen von Kindern gewonnen und die Böden und das Wasser auf Jahrzehnte verseucht werden.

Die Umweltministerkonferenz hat hervorgehoben, dass ausreichendes Personal sowie die effektive Zusammenarbeit von Abfallbehörden, Polizei und Kontrollbehörden des Bundes wie dem Zoll wesentlich für die Verhinderung illegaler Transporte ist.

Gerade den großen Häfen wie Hamburg und Bremen kommt wegen ihrer Umschlagfunktion für große Teile des Elektroschrotts aus Deutschland und Europa besondere Verantwortung zu, um die durch illegale Verbringung umwelt- und gesundheitsgefährdende Entsorgung zu unterbinden. Dies ist nur durch enge Zusammenarbeit der beteiligten Behörden und die optimale Aufgabenverteilung möglich. Zurzeit haben die Abfallüberwachungsbehörden, die Polizei und das Bundesamt für den Güterverkehr keinen Zugriff auf die Zolldatenbank ATLAS. Umfassende Datenverfügbarkeit und die Nutzung der operativen polizeilichen Kompetenz sind aber wesentliche Voraussetzungen zur Optimierung der Kontrollen, um illegale Elektroschrotttransporte in Bremen zu verhindern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für eine Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten einzusetzen, insbesondere für den Zugriff der Kontrollbehörden und der Polizei auf die Zolldatenbanken,
2. zu prüfen, ob die Kompetenzen der Polizei des Landes Bremen um die Zuständigkeiten mit dem Ziel der effektiveren Kontrolle grenzüberschreitender Abfallverbringungen ergänzt werden können und der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und der Deputation für Inneres und Sport binnen drei Monaten zu berichten
3. bis zum Jahresende ein Konzept vorzulegen, wie die kommunale Sammel- und Recyclingquote für Elektroschrott in Bremen und Bremerhaven erhöht werden kann, um die Kontrolle des Verbleibs des Schrottes besser gewährleisten zu können.

Dr. Maike Schaefer, Björn Fecker, Frank Willmann,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Arno Gottschalk, Sükrü Senkal,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD